

## *Und schon wieder Forderungen an die Nutztierhaltung*

*Dr. Manfred Weber, Redaktion Proteinmarkt.de*

Forderungen an die Haltung von Nutztieren zu stellen, scheint zurzeit „In“ zu sein. Fast jede Gesellschaftsgruppe sieht sich heute genötigt, ein Statement zur Nutztierhaltung abgeben zu müssen und das jeweils mit Forderungen, die aus der jeweiligen Interessenslage erwachsen.

Auch die Bundestierärztekammer hat Mitte September ein entsprechendes Positionspapier zur Verbesserung des Tierschutzes auf den Weg gebracht. Man sollte meinen, dass gerade die Tierärzte, die ja von allen Gesellschaftsbereichen noch am nächsten mit der praktischen Landwirtschaft zu tun haben, nicht mit Maximalforderungen aufwarten sollten, die unter den gegebenen Bedingungen in der Tierhaltung nicht einzuhalten sind. Sicher sind einige der Forderungen absolut berechtigt und zu unterstützen, andere jedoch in der Praxis nicht schnell umsetzbar.

Natürlich ist die Reduzierung der Haltung von Sauen in Kästständen oder Ferkelschutzkörben mittlerweile eine weithin akzeptierte Forderung, übrigens auch von Tierhaltern. Die komplette Abschaffung von Fixiermöglichkeiten, wie sie unter Position 1 des Papiers gefordert wird, ist aber m. E. nicht tragbar, wenn man sich das Verhalten von brünstigen Sauen anschaut, oder die deutlich höheren Saugferkelverluste, die die aktuellen Untersuchungen zur freien Abferkelung zeigen.

Die zweite Forderung nach einem obligatorischen Prüf- und Zulassungsverfahren für Stallsysteme und Betäubungseinrichtungen in Schlachtstätten erfährt sicher eher noch eine Zustimmung. Heute werden diese (Prüfung von Stallsystemen) ja schon auf freiwilliger Basis z.B. von der DLG angeboten und durchgeführt. Bei der Vielzahl der auf dem Markt befindlichen Systeme, das ist anders als in der Schweiz, ist dies eine Mammutaufgabe, die aber tatsächlich in kleinen Schritten angegangen werden sollte.

Die Einführung einer verpflichtenden Tiergesundheitsdatenbank zeigt möglicherweise auch mehr Vor- als Nachteile. Die Einbeziehung von allen möglichen tiergesundheitslichen Informationen zur Erleichterung der betrieblichen Eigenkontrolle kann auch dem Tierhalter nur Nutzen bringen. Dabei ist aber der Datenschutz vorrangig zu behandeln und eine Nutzung aller gesammelten Daten sollte ausschließlich dem Tierhalter und seinem Hoftierarzt mög-

lich sein. Eine Weitergabe an die Überwachungsbehörden, wie gefordert, sollte nur in sehr eng umgrenztem Rahmen zugelassen werden.

Die Forderung allerdings, die Haltung landw. Nutztiere unter Erlaubnisvorbehalt nach §11 TierSchG zu stellen, ist zu weit gegriffen. Im Rahmen der Ausbildung erhält jeder Tierhalter ausreichend Sachkenntnis zur Haltung von landw. Nutztieren. Zudem werden die Betriebe regelmäßig durch die Veterinärbehörden auf Einhaltung der einschlägigen Vorschriften überprüft. Die geforderten regelmäßigen Fortbildungen auch für Tierhalter sind dagegen zu begrüßen.

Zum Schluss werden auch alle Eingriffe am Tier nach §§4 und 5 TSchG (Schnäbelkürzen, Schwanzkürzen beim Schwein, Kastration etc.) grundsätzlich abgelehnt. Insbesondere beim Kürzen der Schwänze beim Ferkel zeigen Untersuchungen der letzten Zeit deutlich, dass gerade durch einen Komplettverzicht, die Tiergesundheit durch verstärktes Schwanzbeißen in erheblichem Maße eingeschränkt werden würde. Auch die Forderung eines Komplettverzichts auf die Kastration beim Ferkel geht an der Wirklichkeit der momentanen Marktsituation vorbei. Eber lassen sich nur in einem sehr begrenzten Marktsegment absetzen. Die geforderte Impfung gegen Ebergeruch funktioniert und wird auch von unserer Seite favorisiert, der entsprechende Schlachtkörper ist aber heute bei den Schlachtunternehmen nicht absetzbar, da vor allem die abnehmenden Drittstaaten dies nicht zulassen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Bundestierärztekammer Maximalforderungen zur Verbesserung des Tierschutzes in der Nutztierhaltung aufgestellt hat, die begründet sind, die aber überwiegend erst mit längeren Übergangszeiten und erheblichem Finanzaufwand in der Nutztierhaltung umsetzbar sind, ohne diese komplett aus Deutschland zu verlagern. Leider werden keine Vorschläge unterbreitet, wie die Forderungen umzusetzen sind, ohne die Betriebe zu gefährden. Neben der Verantwortungsübernahme von Schlachtunternehmen, Lebensmitteleinzelhandel und Verbrauchern, durch die Zahlung höherer Erzeugerpreise, könnten dazu auch die Fordernden durch Reduzierung ihrer Gebühren einen entscheidenden Anteil leisten.